

14.55

**Bundesrat David Stögmüller** (Grüne, Oberösterreich): Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Frau Ministerin! Sehr geehrte Damen und Herren vor den Bildschirmen! Herzlich willkommen! Es wurde bereits vieles von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern über den EU-Vorhabensbericht und auch den Bericht der Jugendministerin erzählt.

Ich möchte in aller Kürze noch auf einige wenige Punkte eingehen. Ein Schwerpunkt im Bericht ist der „Arbeitsplan Jugend 2016 – 2018“, den wir Grüne grundsätzlich sehr begrüßen. Es ist darin von einer besseren sozialen Inklusion, von einer stärkeren Teilhabe aller Jugendlichen und von einem einfachen Übergang junger Menschen vom Jugend- in das Erwachsenenalter, insbesondere durch die Integration in den Arbeitsmarkt, die Rede.

Der letztgenannte Punkt, also die Integration in den Arbeitsmarkt, steht auch im Einklang mit dem Rahmenziel 1 der Österreichischen Jugendstrategie „Beschäftigung und Bildung“. Erst vorgestern wurde im Sozialausschuss des Nationalrates die Ausbildungspflicht bis 18 Jahre ab dem Ausbildungsjahr 2016/17 besprochen, was ja auch genau in diese Richtung geht.

Ich erwarte mir hier von Ihnen wirklich einen proaktiven Schwerpunkt in der Arbeitsmarktpolitik, gerade was junge Menschen angeht. (*Bundesrat Schennach: Warum redest du dann kontra?*) – Das kommt schon noch! Das ist ein Fehler gewesen, ich werde heute nicht kontern, sondern wir werden diesem Bericht natürlich zustimmen. Es ist leider ein Fehler, ich weiß nicht, wie der hereingekommen ist. Ich habe das jetzt erst mitbekommen. Wir werden dem heute zustimmen.

Aber um wieder zurück zur Arbeitsmarktpolitik zu kommen: Was braucht es jetzt? – Es braucht jetzt eine Arbeitsmarktpolitik, die proaktiv ist – natürlich auch in Kombination mit qualitativ hochwertiger Bildungs- und Berufsorientierung bereits in den frühen Schuljahren, wo Talente auch wirklich erkannt werden.

Es braucht weiters eine ordentliche Strategie, was wir mit Schulabbrechern, mit den Early School Leavers, mit den NEETs, also mit jenen Jugendlichen machen, die „not in education, employment or training“ stehen. Da braucht es eine Strategie! Das ist ja auch ein gesellschaftliches, soziales und arbeitsmarktpolitisches Problem. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir neben den bereits eingeführten Ausbildungsgarantien in zwei Wochen eventuell – es wird sich noch herausstellen, ob wir da mitgehen und eine

Zweidrittelmehrheit zustande kommt – eine Ausbildungspflicht beschließen, die Verbesserungen bringen könnte.

Denn wir müssen allen Jugendlichen eine positive Perspektive geben, auch jenen, die leider keinen Pflichtschul- oder Lehrabschluss schaffen. Es darf nicht sein, dass diese jungen Menschen fernab des Systems irgendwo auf der Strecke hängen bleiben. Das darf in Österreich nicht passieren.

Ein weiterer Bereich, der aus dem Bericht hervorgeht, ist die Medienbildung. Hier wird ganz besonders das Saferinternet-Netzwerk „saferinternet.at“ hervorgehoben. Das finden wir Grüne sehr begrüßenswert, auch weil Ihr Ressort, Frau Ministerin, mit 80 000 €, wie mir Ihre Beamtin im Ausschuss mitgeteilt hat, kofinanziert. Es ist ein erheblicher Teil in diesem Projekt. Das finden wir sehr gut.

Ich bin auch schon sehr gespannt auf Ihr Konzept zum Thema „Generation Internet“, das in der letzten Nationalratssitzung von meinem Kollegen Julian Schmid eingebracht und von allen Parlamentsparteien mitgetragen und mitunterstützt worden ist. Das ist auch ein großer Erfolg für uns Grüne, dass dieser Schritt mit FPÖ, Team Stronach und NEOS gegangen wird.

Es geht dabei um den Umgang mit den neuen Medien, der in der Lebensrealität von jungen Menschen einfach schon ganz normal ist, aber oftmals in dem von der älteren Generation, von älteren Menschen geführten Diskurs als problematisch dargestellt wird. Wir brauchen eine Politik, die auf die **tatsächlichen** Bedürfnisse von jungen Menschen beim Nutzen von neuen Medien und des Internets eingehen. Hier müssen wir junge Menschen aktiver miteinbeziehen und mitgestalten lassen. Also ich bin schon wirklich gespannt auf Ihr Konzept dazu und freue mich auf sein Erscheinen.

Jetzt komme ich etwas kritischer zu einem Punkt, der Sie auch direkt betrifft, Frau Jugendministerin, und für den Sie auch zuständig sind, nämlich zu den UMFs, den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Sie kommen in diesem Strategiebericht leider gar nicht vor. Ich fordere Sie gerade als Jugendministerin auf, in diesem Bereich aktiver zu werden, ein Sprachrohr auch für diese Jugendliche zu werden. Das sind Jugendliche, die Sie auch vertreten müssen. Ich weiß, es fällt viel in die Länderkompetenz. Dennoch könnten Sie die Länder an einen Tisch bringen und sich für eine jugendgerechtere Wohn- und Tagesstruktur einsetzen. Seien Sie ein Sprachrohr für diese Jugendlichen! (*Vizepräsidentin **Winkler** übernimmt den Vorsitz.*)

Auch die mangelnde Gleichstellung von UMFs auf dem österreichischen Arbeitsmarkt wie zum Beispiel das Auslassen der jugendlichen Flüchtlinge bei der bereits genannten Ausbildungspflicht bis 18 Jahre ist etwas, bei dem eine Jugendministerin eigentlich ein

Sprachrohr sein müsste und sich für diese Jugendlichen in ihrer Partei einsetzen sollte. Gehen Sie zu Ihrem Minister und sagen Sie, dass Sie sich für alle Jugendlichen einsetzen!

Auch im Bildungsbereich gibt es gravierende Nachteile für UMFs. Ich bitte Sie: Setzen Sie sich wirklich für alle Jugendlichen ein, egal, ob sie hier geboren sind oder nicht! Kinder sind Kinder und haben sich ihr Schicksal sicher nicht selbst ausgesucht.

Bitte nehmen Sie diesen Appell mit, Frau Ministerin! Wir Grüne werden – wie ich Herrn Schennach schon gesagt habe – diesem Bericht heute zustimmen. – Vielen Dank.

*(Beifall bei den Grünen sowie bei Bundesräten von ÖVP und SPÖ. – Zwischenruf des Bundesrates Mayer.)*

15.01

**Vizepräsidentin Ingrid Winkler:** Bevor wir zur nächsten Rednerin kommen, darf ich in unserer Mitte sehr herzlich Herrn Bundesminister Mag. Drozda begrüßen. Herzlich willkommen bei uns! *(Allgemeiner Beifall.)*

Als Nächste ist Frau Bundesrätin Mag. Gruber-Pruner zu Wort gemeldet. – Bitte.